19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Franziska Brychcy (LINKE)

vom 22. Mai 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. Mai 2025)

zum Thema:

**Wie viel Transparenz gewährt die Berliner Bezirkspolitik den Bürger*innen?
Live-Übertragungen und Aufzeichnungen der Berliner
Bezirksverordnetenversammlungen**

und **Antwort** vom 9. Juni 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. Juni 2025)

Frau Abgeordnete Franziska Brychcy (LINKE)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/22 689

vom 22. Mai 2025

über Wie viel Transparenz gewährt die Berliner Bezirkspolitik den Bürger*innen? Live-Übertragungen und Aufzeichnungen der Berliner Bezirksverordnetenversammlungen

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Der Senat kann die Fragen Nr. 1 – 13, 15 sowie 17 – 20 nicht bzw. nicht vollständig aus eigener Kenntnis beantworten. Er ist gleichwohl um eine Beantwortung bemüht und hat daher die Bezirke um Stellungnahme zu den Fragen gebeten. Die Beantwortung dieser Fragen beruht auf den eingegangenen Stellungnahmen der Bezirke.

1. Übertragen mittlerweile alle Berliner Bezirksverordnetenversammlungen (BVVen) ihre monatlichen Sitzungen live? Falls nein: Welche Bezirke streamen noch nicht?

Zu 1.:

Alle BVVen übertragen ihre monatlichen Sitzungen live.

2. Seit wann bieten die einzelnen BVVen diesen Service an?

Zu 2.:

Charlottenburg-Wilmersdorf: seit 2020

Friedrichshain-Kreuzberg: seit 2020/2021

Lichtenberg: seit 2016

Marzahn-Hellersdorf: seit August 2010

Mitte: seit Mai 2018

Neukölln: seit März 2021

Pankow: seit Januar 2021

Reinickendorf: seit 2014 mit einer Unterbrechung von März bis Oktober 2020

Spandau: seit September 2024

Steglitz-Zehlendorf: seit Dezember 2023

Tempelhof-Schöneberg: seit August 2022

Treptow-Köpenick: seit Juni 2016.

3. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Barrierefreiheit der Live-Übertragungen und gegebenenfalls abrufbaren Inhalte zu gewährleisten (z. B. Untertitel, Gebärdensprache, Leichte Sprache)?

Zu 3.:

Bisher werden in keinem Bezirk derartige Maßnahmen ergriffen. Die BVV-Büros Reinickendorf und Steglitz-Zehlendorf haben ergänzend mitgeteilt, dass die Möglichkeit der Untertitelung derzeit geprüft wird. Die BVV-Büros Spandau und Tempelhof-Schöneberg haben auf die Möglichkeit der Einstellung einer automatisierten Untertitelung auf YouTube hingewiesen.

4. Wer ist jeweils für die technische Umsetzung der Übertragungen/Aufzeichnungen verantwortlich (z. B. beauftragte Dienstleister*innen, bezirkseigene IT-Strukturen)? In welchen Bezirken übernehmen gewinnorientierte Unternehmen diese Aufgaben?

Zu 4.:

In den Bezirken Neukölln, Pankow und Reinickendorf sind jeweils die BVV-Büros zuständig, erforderlichenfalls mit Unterstützung der bezirklichen IT-Stelle. In den übrigen Bezirken wurden private Dienstleister beauftragt.

5. Welche durchschnittlichen Kosten entstehen pro übertragener Sitzung und Bezirk?

Zu 5.:

Das BVV-Büro Pankow hat keine Kosten mitgeteilt mit Verweis darauf, dass für die BVV als Gemeinkostenträger keine Produktkosten ermittelt werden.

Das BVV-Büro Neukölln hat monatliche Kosten für einen Internetanschluss in Höhe von 35,75 Euro angegeben. Kosten für den Einsatz bezirklichen Personals wurden nicht ermittelt/mitgeteilt.

Das BVV-Büro Reinickendorf hat einmalige Kosten in Höhe von 17.000 Euro für die Anschaffung der Technik und Wartungskosten in Höhe von ca. 170 Euro alle drei Monate angegeben. Kosten für den Einsatz bezirklichen Personals wurden nicht ermittelt/mitgeteilt.

Für die Bezirke, welche einen privaten Dienstleister beauftragt haben, fallen durchschnittliche monatliche Kosten zwischen 1.000 und 1.600 Euro an. Eine bezirksgenaue Bezifferung der durchschnittlichen Kosten ist im Rahmen der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage nicht möglich. Beim überwiegenden Teil der Bezirke ist der Dienstleister direkt über den Videostream bzw. den Abruf der Aufzeichnungen identifizierbar. Bei den übrigen Bezirken ist jedenfalls nicht auszuschließen, dass der Dienstleister mit geringem weiteren Rechercheaufwand ermittelbar ist. Im Rahmen der Beantwortung von Schriftlichen Anfragen kommt eine Mitteilung von wirtschaftlichen Daten namentlich bekannter oder identifizierbarer Unternehmen, welche ein schutzwürdiges Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis darstellen können, regelmäßig jedenfalls nicht offen in Betracht. Die erforderliche vorherige Anhörung der betroffenen Unternehmen und die Einräumung einer Rechtsschutzmöglichkeit durch die öffentliche Stelle, die die Akten führt, wäre aufgrund der knappen Beantwortungsfrist nicht möglich.

Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass der vereinbarte Leistungsumfang in den Bezirken unterschiedlich ist, so dass die anfallenden Kosten nur begrenzt vergleichbar sind.

6. In welchen Bezirken besteht die Möglichkeit, die Aufzeichnungen der Sitzungen (Video und/oder Audio) im Nachhinein öffentlich abzurufen? Wie lange werden die Aufzeichnungen gegebenenfalls archiviert? Ist die Einführung dieses Angebots auch in Bezirken geplant, in denen es aktuell nicht besteht?

Zu 6.:

Charlottenburg-Wilmersdorf:

Die Aufzeichnungen werden auf YouTube hochgeladen und sind dort gespeichert.

Friedrichshain-Kreuzberg:

Die Möglichkeit eines nachträglichen öffentlichen Abrufs besteht nicht. Die Archivierung erfolgt mindestens bis zum Ende der übernächsten Wahlperiode.

Lichtenberg:

Die Aufzeichnungen können über die Website der BVV heruntergeladen werden. Die Speicherung erfolgt für fünf Jahre.

Marzahn-Hellersdorf:

Audioaufzeichnungen können über die Website der BVV für die Dauer von fünf Jahren abgerufen werden. Videoaufzeichnungen können über Youtube für die Dauer von fünf Jahren abgerufen werden.

Mitte:

Bisher besteht keine Möglichkeit zum öffentlichen Abruf der Video- oder Audioaufzeichnungen. Für Bürgerinnen und Bürger besteht die Möglichkeit, sich Audioaufzeichnungen im BVV-Büro anzuhören. Es wird darüber nachgedacht, die Audioaufzeichnungen öffentlich abrufbar zu machen. Für Videoaufzeichnungen bestehen keine solchen Überlegungen.

Neukölln:

Es besteht keine öffentliche Abrufmöglichkeit. Die Aufzeichnungen werden für Protokollzwecke bis zu fünf Jahre archiviert. Die Einführung einer öffentlichen Abrufmöglichkeit ist nicht geplant.

Pankow:

Die Videoaufzeichnungen werden für 10 Jahre gespeichert und öffentlich zugänglich gemacht. Die Audioaufzeichnungen werden den Bezirksverordneten zur Verfügung gestellt. Diese werden bis zum Ende der folgenden Wahlperiode aufbewahrt.

Reinickendorf:

Seit November 2020 sind die Aufzeichnungen der BVV-Sitzung auf dem YouTube-Kanal der BVV Reinickendorf abrufbar.

Spandau:

Ab der Sitzung im Mai 2025 sind die Aufzeichnungen des Livestreamings auf der Plattform YouTube dauerhaft verfügbar. Für die vorausgegangenen Sitzungen seit September 2024 werden nachträglich freigeschaltet.

Steglitz-Zehlendorf:

Es besteht bisher keine öffentliche Abrufmöglichkeit.

Tempelhof-Schöneberg:

Es besteht bisher keine öffentliche Abrufmöglichkeit. Die Audioaufnahmen der BVV-Sitzungen werden bis zum Ende der folgenden Wahlperiode aufbewahrt.

Treptow-Köpenick:

Es wird eine Audioaufzeichnung erstellt und auf der bezirklichen Website über das Allgemeine Ratsinformationssystem ALLRIS als Anlage zum jeweiligen TOP der Sitzung hinterlegt und unbegrenzt archiviert.

7. Welche BVVen stellen Aufzeichnungen der Sitzungen unter freien Lizenzen zur Verfügung (bzw. wo ist dies geplant)? Bei welchen Fällen verbleiben die Bildrechte bei den veröffentlichenden Dienstleister*innen oder deren Auftraggeber*innen?

Zu 7.:

In den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow, Spandau, Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg liegen die Rechte bei der BVV. Die BVV Reinickendorf stellt die

Aufzeichnungen unter einer freien Lizenz zur Verfügung. Im Bezirk Charlottenburg verbleiben die Bild- und Tonrechte bei dem privaten Dienstleister. Die BVV-Büros Mitte und Neukölln haben darauf hingewiesen, dass Aufnahmen nicht zur Verfügung gestellt werden. Das BVV-Büro Treptow-Köpenick hat darauf hingewiesen, dass Videoaufzeichnungen nicht zur Verfügung gestellt werden. Das BVV-Büro Lichtenberg hat mitgeteilt, dass gesonderte Regelungen mit dem Dienstleister nicht getroffen wurden. Das BVV-Büro Marzahn-Hellersdorf hat zu dieser Frage keine Angaben gemacht.

8. Wie wird die Öffentlichkeit über Live-Übertragungen und deren Aufzeichnungen informiert?

Zu 8.:

Charlottenburg-Wilmersdorf:

Link auf Einladung zu BVV-Sitzungen und im Sitzungskalender, Reiter mit Link auf Homepage, Veröffentlichung der Tagesordnung und des Links durch Pressestelle auf Social Media

Friedrichshain-Kreuzberg:

Information auf der Homepage der BVV und in den Einladungen/Tagesordnungen zu den Sitzungen

Lichtenberg:

Informationen auf der bezirklichen Website

Marzahn-Hellersdorf:

Hinweis auf der Homepage der BVV und Hinweis mit Link auf Einladungen zu den BVV-Sitzungen

Mitte:

Information/Link auf der bezirklichen Website

Neukölln:

Link auf der Internetseite der BVV und auf der Einladung/Tagesordnung zu den Sitzungen

Pankow:

Hinweis zum Livestream auf der Startseite der BVV im Internet und zusätzliche regelmäßige Bewerbung in den „Pankow-News“

Reinickendorf:

Link auf der Webseite der BVV Reinickendorf, regelmäßige Hinweise der BVV-Fraktionen auf ihren Social-Media-Kanälen

Spandau:

Information der Presse Im September 2024 zum Start des Livestreams, Link auf der Homepage der BVV Spandau

Steglitz-Zehlendorf:

Information über das Internet und die Presse

Tempelhof-Schöneberg:

Information auf der Homepage der BVV, auf der Tagesordnung der BVV-Sitzungen, über Social Media, Hinweise im Checkpoint und im Tagesspiegel

Treptow-Köpenick:

Hinweis im Internetauftritt der BVV und Link in der Tagesordnung / Aktenmappe.

9. Auf welchen Plattformen (z. B. YouTube, Alex Berlin, bezirkliche Webseiten, Medienportale) werden die Live-Streams und Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt?

Zu 9.:

Die BVVen Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Marzahn-Hellersdorf, Neukölln, Pankow, Reinickendorf, Spandau und Tempelhof-Schöneberg nutzen dafür das Portal YouTube. Die BVV Spandau nutzt dafür zugleich die bezirkliche Website. Die BVV Lichtenberg und die BVV Steglitz-Zehlendorf veröffentlichen ausschließlich auf der bezirklichen Website. Die BVV Mitte nutzt für die Veröffentlichung die Website von Contentflow. Die BVV Treptow-Köpenick veröffentlicht den Livestream bei Vimeo und die Audioaufzeichnungen auf der bezirklichen Website.

10. Besteht bei vorhandenen Angeboten die Option, gezielt einzelne Tagesordnungspunkte anzusteuern bzw. werden Redebeiträge der Bezirksverordneten einzeln indexiert oder verschlagwortet, um eine gezielte inhaltliche Recherche zu ermöglichen?

Zu 10.:

Die BVVen Lichtenberg und Reinickendorf bieten für ihre Videoaufzeichnungen die Möglichkeit an, einzelne Tagesordnungspunkte gezielt aufzurufen. Die BVVen Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick bieten diese Möglichkeit bei ihren Audioaufzeichnungen an. Die anderen BVVen bieten eine solche Möglichkeit nicht an.

11. Wo kein öffentlicher Abruf möglich ist: Können Bezirksverordnete intern auf Aufzeichnungen zugreifen?

Zu 11.:

In den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, Neukölln, Tempelhof-Schöneberg und Treptow-Köpenick ist für Bezirksverordnete ein interner Zugriff auf Aufzeichnungen der BVV-Sitzungen möglich. Im Bezirk Steglitz-Zehlendorf wird die Einräumung dieser Möglichkeit diskutiert. In den anderen Bezirken ist ein öffentlicher Abruf möglich.

12. Wie ist die Möglichkeit eines nachträglichen öffentlichen Abrufs in den jeweiligen Geschäftsordnungen der BVVen geregelt?

Zu 12.:

In den Geschäftsordnungen der BVVen Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf ist eine öffentliche Zugänglichkeit für fünf Jahre geregelt. In der Geschäftsordnung der BVV Pankow ist eine öffentliche Abrufbarkeit der Videoaufzeichnungen für 10 Jahre geregelt. In der Geschäftsordnung der BVV Tempelhof-Schöneberg ist ein Zugang zu Audioaufzeichnungen grundsätzlich nur für Bezirksverordnete, Mitglieder des Bezirksamtes und deren bevollmächtigte Beauftragte im Büro der Vorsteherin/ des Vorstehers und eine Aufbewahrung der Audioaufzeichnungen bis zum Ende der folgenden Wahlperiode vorgesehen. In der Geschäftsordnung der BVV Treptow-Köpenick ist der Zugang zu Audioaufzeichnungen für Bezirksverordnete und eine dauerhafte Aufbewahrung der

Audioaufzeichnungen vorgesehen. Die Geschäftsordnungen der BVVen Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, Neukölln, Reinickendorf, Spandau und Steglitz-Zehlendorf enthalten keine Regelungen.

13. Welche datenschutzrechtlichen Anforderungen gelten für die Aufzeichnung und Veröffentlichung von BVV-Sitzungen, und wie werden diese konkret umgesetzt?

Zu 13.:

Neben den allgemein geltenden datenschutzrechtlichen Vorgaben (insb. Datenschutz-Grundverordnung – DSGVO) können die BVVen gemäß § 8 Abs. 7 Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) beschließen, dass von ihren Sitzungen Bild- und Tonaufnahmen angefertigt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Bezirksverordneten, die Mitglieder und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamts können verlangen, dass Aufnahmen ihrer Person und ihrer Redebeiträge und deren Veröffentlichung unterbleiben. Aufnahmen von anderen Personen dürfen nicht ohne deren vorherige Einwilligung angefertigt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Regelungen zur Nichtöffentlichkeit von Sitzungen nach § 8 Abs. 6 Satz 2 und 3 BezVG sind zu beachten. Einzelheiten können die BVVen in ihren Geschäftsordnungen regeln. Die BVV-Büros haben mitgeteilt, dass die datenschutzrechtlichen Vorgaben von den BVVen beachtet werden.

Zusätzlich zu den genannten datenschutzrechtlichen Anforderungen des § 8 Abs. 7 BezVG holen die BVVen Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Neukölln, Pankow, Spandau, Steglitz-Zehlendorf und Treptow-Köpenick entweder aufgrund entsprechender Regelungen in ihren Geschäftsordnungen oder aufgrund von sonstigen Vereinbarungen für Aufnahmen von Bezirksverordneten und deren Veröffentlichungen und überwiegend auch für Aufnahmen von Bezirksamtsmitgliedern und Mitarbeitenden des Bezirksamts und deren Veröffentlichungen eine ausdrückliche persönliche Einwilligung ein.

14. Hat die Senatsverwaltung grundsätzliche rechtliche Bedenken bei der Veröffentlichung von Audio- und/oder Videomitschnitten von BVV-Sitzungen durch den/die Rechteinhaber*innen?

Zu 14.:

Soweit die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen – insbesondere § 8 Abs. 7 BezVG - eingehalten werden, bestehen keine grundsätzlichen rechtlichen Bedenken gegen die Veröffentlichung.

15. Welche technischen oder rechtlichen Hürden werden von den Bezirken als Begründung angeführt, wenn keine Aufzeichnung oder kein nachträglicher Abruf angeboten wird?

Zu 15.:

Das BVV-Büro Friedrichshain-Kreuzberg hat darauf verwiesen, dass ein nachträglicher Abruf bisher von der BVV abgelehnt wird und als größte technische Hürde die mangelhafte Internetübertragung benannt. Die übrigen betroffenen Bezirke haben keine Gründe genannt.

16. Ist die Foto- und Videodokumentation der Redebeiträge durch Besucher*innen von BVV-Sitzungen zulässig, sofern die Bezirksverordneten auch ihrer Publikation im Live-Stream zugestimmt haben?

Zu 16.:

Die Zustimmung Bezirksverordneter zu der von der BVV vorgenommenen bzw. veranlassten Bild- und Übertragung ihrer Sitzungen berechtigt Besucherinnen und Besucher von BVV-Sitzungen nicht dazu, eigene Foto- und Videodokumentationen von den Bezirksverordneten anzufertigen und zu veröffentlichen.

17. Ist es Bezirksverordneten gestattet, Aufzeichnungen ihrer eigenen Redebeiträge selbst zu veröffentlichen?

Zu 17.:

Nach Einschätzung des Senats liegt das Urheberrecht für die von den BVVen vorgenommenen bzw. veranlassten Aufzeichnungen vorbehaltlich etwaiger abweichender Vereinbarungen mit einem beauftragten Dienstleister grundsätzlich bei den BVVen. Die BVVen können den Bezirksverordneten ein entsprechendes Veröffentlichungsrecht einräumen. Den Bezirksverordneten in den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, Neukölln, Pankow, Spandau, Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg und Treptow-

Köpenick ist die Veröffentlichung nicht gestattet. Den Bezirksverordneten im Bezirk Reinickendorf ist die Veröffentlichung gestattet. Das BVV-Büro Charlottenburg-Wilmersdorf hat mitgeteilt, dass eine Veröffentlichung mit einem entsprechenden Copyright-Hinweis auf den Dienstleister zulässig ist. Das BVV-Büro Lichtenberg hat darauf verwiesen, dass zu dieser Frage mit dem Dienstleister keine gesonderte Regelung getroffen wurde. Das BVV-Büro Marzahn-Hellersdorf hat dazu keine Angabe gemacht.

18. Gab es in Bezirken, in denen keine Aufzeichnungen zum nachträglichen Abruf bereitgestellt werden, entsprechende Anträge in der BVV zur Einführung eines solchen Angebots? Wenn ja: Von welchen Fraktionen oder Bezirksverordneten wurden diese Anträge wann eingebracht, und wie fiel das jeweilige Abstimmungsergebnis aus (sofern möglich, bitte nach Stimmverhalten der Fraktionen/Gruppen und Einzelverordneten aufschlüsseln!)?

Zu 18.:

Die gewählten ehrenamtlich tätigen Bezirksverordneten nehmen bei der Ausübung ihres Mandates, einschließlich ihres Antragsrechts, keine unmittelbare Verwaltungstätigkeit wahr, die der parlamentarischen Kontrolle des Abgeordnetenhauses unterliegt. Die Art und der Umfang der individuellen Mandatsausübung und die Aufgabenwahrnehmung der Fraktionen sind daher kein zulässiger Gegenstand einer Schriftlichen Anfrage.

Im Folgenden wird daher lediglich die Gesamtzahl der Anträge und das Abstimmungsergebnis mitgeteilt.

In der BVV Neukölln gab es zwei Anträge, die abgelehnt wurden. In der BVV Tempelhof-Schöneberg gab es einen Antrag im Geschäftsordnungsausschuss, der abgelehnt wurde. In den übrigen betroffenen Bezirken gab es keine entsprechenden Anträge.

19. Wie viele Bezirksverordnete haben in der laufenden bzw. der vergangenen Legislaturperiode der Übertragung ihrer Redebeiträge nicht zugestimmt? Über welchen Wahlvorschlag (Partei oder Wählergruppe) erhielten sie ihr Mandat? Wie gehen die betroffenen BVVen mit diesen Fällen um? (Bitte anonymisiert für jede BVV einzeln darstellen!)

Zu 19.:

Es wird auf die grundsätzlichen Ausführungen in der Antwort zu Frage 18 verwiesen.

Im Folgenden wird daher lediglich die Anzahl der betreffenden Bezirksverordneten pro betroffener BVV ohne Zugehörigkeit zu einer Partei oder Wählergruppe mitgeteilt.

In der BVV Lichtenberg haben in der vergangenen Wahlperiode zwei Mitglieder der BVV widersprochen. In der BVV Marzahn-Hellersdorf hat in der vergangenen Wahlperiode ein Mitglied der BVV widersprochen. In der BVV Steglitz-Zehlendorf haben in der aktuellen Wahlperiode zwei Mitglieder der BVV widersprochen. In der BVV Spandau hat in der aktuellen Wahlperiode ein Mitglied der BVV widersprochen und ein anderes der Tonaufnahme zugestimmt und die Bildübertragung abgelehnt.

Die betreffenden BVVen beachten die einer Übertragung entgegenstehenden Willensbekundungen und unterbrechen die Übertragung bei Wortbeiträgen dieser Bezirksverordneten.

In den übrigen BVVen hatten und haben die Bezirksverordneten keine Einwände gegen die Übertragung ihrer Redebeiträge geäußert.

20. Gibt es bezirksübergreifende Abstimmungen oder Empfehlungen der Senatsverwaltung zur Standardisierung der Übertragungs- und Aufzeichnungspraxis der Berliner BVVen?

Zu 20.:

Als Teil der Bezirksverwaltung nehmen die BVVen ihre Aufgaben gemäß Art. 66 Abs. 2 Verfassung von Berlin nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung wahr. Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport wirkt auf die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben (insbesondere Bezirksverwaltungsrecht und Datenschutzrecht) hin. Innerhalb des rechtlichen Rahmens obliegt die Ausgestaltung der Aufzeichnungs- und Übertragungspraxis den BVVen in eigener Verantwortung. Abstimmungen zwischen den Bezirken hat es nicht gegeben.

Berlin, den 9. Juni 2025

In Vertretung

Franziska Becker

Senatsverwaltung für Inneres und Sport